

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein halber Beschluß?

Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund? — Kein Aufnahmeforsch?

Obwohl die Sitzung des Reichskabinetts erst gegen Mittag begonnen hat, will ein Mittagsblatt schon wissen, daß sich die Regierung darauf beschränken werde, eine Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund zu beschließen, ohne jedoch ein förmliches Aufnahmeforsch zu stellen. Der Grund für diese Haltung soll darin liegen, daß Herr Stresemann von Lord d'Ubernon eine unzureichende Erklärung über die Aufnahmeforsch Deutschlands erhalten habe.

Solange die Auskunft von Lord d'Ubernon nicht bekannt ist, ist ein abschließendes Urteil über die angebliche Absicht der Regierung nicht möglich. Sollte man — der Verdacht ist nicht ganz von der Hand zu weisen — diese Auskunft aus nicht durchschlagenden Gründen zum Anlaß genommen haben, einem klaren Beschluß aus dem Wege zu gehen, so wäre das ein nicht wieder gut zu machender Fehler.

Eine platonische Erklärung der gegenwärtigen Regierung, sie wäre zum Eintritt in den Völkerbund grundsätzlich bereit, hätte so gut wie gar keinen Wert. Weder das Inland noch das Ausland könnte auf eine solche Erklärung etwas geben, weil ja niemand weiß, wie lange die Regierung, die diese Erklärung abgibt, noch bestehen wird. Eine von ihr abgegebene Erklärung wäre für ihre Nachfolgerin materiell nicht bindend, ein Aufnahmeforsch wäre es, um so mehr dann, wenn es schleunigst Annahme durch die Völkerbundversammlung fände. Dann wäre eine vollendete Tatsache geschaffen, der sich auch eine künftige deutsche Regierung nicht mehr entziehen könnte.

Die Deutschnationalen bekennen sich als entschiedene Gegner des Völkerbundes. Eine unter ihrem „maßgebenden Einfluß“ stehende Regierung würde die Erklärung ihrer Vorgängerin entweder zurückziehen oder ihr keine weitere Geltung verschaffen. Die Bereitwilligkeitserklärung der gegenwärtigen Regierung wäre dann in den Wind gesprochen. Und die verhängnisvolle Neigung, große Fragen durch keine Kompromisse zu erledigen, hätte dann wieder einmal zum Schaden Deutschlands einen Triumph gefeiert.

Die Ill. meldet: Reichskanzler Dr. Marx ist heute morgen um 9.20 Uhr aus Sigmaringen wieder in Berlin eingetroffen. Ebenso sind auch alle Minister inzwischen aus ihrem Urlaub zurückgekehrt. Wie die Telegrammenunionen erzählt, begann der Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten kurz nach 11 Uhr. Reichskanzler Marx und Außenminister Dr. Stresemann erstarrten in einem ausführlichen Referat über die politische Lage. Daran schloß sich eine eingehende Aussprache, die den Mittag über andauerte und wahrscheinlich mehrere Stunden in Anspruch nehmen dürfte. Im Vordergrund der Beratungen steht die Völkerbundfrage. Damit ist aber auch der Widerstand des Kriegsschuldfrageinstitutes verbunden. (?) Nach den Entscheidungen des Ministerrats, die, wie man in politischen Kreisen glaubt, allerdings wohl mehr grundsätzlicher Natur sein werden, werden voraussichtlich in den nächsten Tagen die Ministerpräsidenten der Länder und der auswärtige Ausschuß einberufen werden.

Vor dem Eintritt Deutschlands.

Beratungen in Paris.

Paris, 23. September. (Eca.) Im „Matin“ beschäftigt sich Sauerwein mit der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und schreibt: Dr. Kaasen, der gestern aus Deutschland nach Genf zurückgekehrt ist, hat keine vollkommene Zuversicht darüber ausgedrückt, daß seine Mission in Berlin Erfolg haben werde. Er hat mitgeteilt, daß Marx gewillt sei, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zu beantragen unter folgenden Bedingungen: 1. daß Deutschland ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat zugebilligt würde, 2. daß man Deutschland keinerlei ausschließende Bedingungen auferlegt. Seit 24 Stunden höre man von allen Seiten sagen: die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund hänge nur noch von Frankreich ab. Frankreich müsse selbst zu erkennen geben, daß es keinerlei Einwände gegen die Zulassung Deutschlands erheben werde, und das Beitrittsforsch Deutschlands werde sofort im Sekretariat einlaufen. Wenn man die Formalitäten vereinfacht, dann kann es möglich sein, daß Deutschland noch vor Beendigung der heutigen Tagung des Völkerbundes bereits seinen Sitz im Völkerbund einnehmen kann. Herriot hat heute morgen den englischen Botschafter in Paris empfangen, der ihm gewissermaßen den Puls fühlen wollte. Herriot hat telefonisch mit der französischen Delegation in Genf beraten. Die französische Delegation hat unter Vorsitz Briand's zwei Sitzungen abgehalten.

Unschlüssige Haltung der Franzosen in Genf.

Paris, 23. September. (WIB.) Ueber die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund berichtet der Haasberichterfasser in Genf, offenbar beeinflusst von der französischen Delegation beim Völkerbund: Wenn, wie aus der Unterredung des Reichskanzlers mit Kaasen hervorzugehen scheint, das deutsche Volk nicht die Absicht hat, Vorbedingungen zu stellen, d. h. eine Sonderbehandlung zu verlangen, erkennt man nicht, was die deutsche Regierung hindern könnte, ihre Forderungen zu formulieren. Man hält es aber für unmöglich, einen Präzedenzfall dadurch zu schaffen, daß man Deutschland von vornherein einen Sitz im Völkerbundrat verspricht, um so mehr, als man nach allgemeiner Auffassung eine kontinentale Großmacht wie Deutschland von den verantwortlichen Aufgaben des Völkerbundsrats nicht fernhalten kann.

Was die Entwaffnung anlangt, so erklärt man, daß eine gewisse Analogie zwischen der gegenwärtigen Lage Deutschlands und derjenigen Ungarns besteht, als es seine Zulassung zum Völkerbund forderte. Die Interalliierte Kontrollkommission hatte in Ungarn ihre Aufgabe noch nicht beendet, als ja Ungarn zugelassen wurde. Aber die politischen Ausschüsse des Völkerbundes konnten ihm vertrauen und stimmten einmütig für die Zulassung.

Kabinettsberatung in London.

Liberaler Opposition gegen den englisch-russischen Vertrag.

London, 23. September. (Eca.) Zum erstenmal seit der Vertagung des Parlaments im August ist das englische Kabinett gestern wieder zusammengetreten und hat in der Downing-Street zwei Sitzungen abgehalten. Die Minister beschäftigten sich mit der Frage der Grenzfestsetzung zwischen Nord- und Süd-Irland und mit der Lage, die durch die Opposition der Liberalen bezüglich des englisch-russischen Vertrages entstanden ist. Weiter nahmen die Minister Kenntnis von dem Bericht Lord Parmours und Hendersons über die Beratungen des Völkerbundes in Genf. Das Kabinett hat weiter die Frage geprüft, ob und welche Rückwirkungen die Ausführung des Dawes-Planes auf die englische Bergwerksindustrie haben könnte. Schließlich hat MacDonald seinen Kollegen darüber Bericht erstattet, in welcher Form er am kommenden Donnerstag mit Jagul Pascha verhandeln will.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat Asquith durch die Haltung der liberalen Partei in der Frage der Ratifizierung des englisch-russischen Vertrages die Beforgnis der Arbeiterpartei hinsichtlich der Möglichkeit der Ratifizierung dieses Vertrages durch das Parlament erhöht. Obersteuermann Kemworth und zwei andere Liberaler sind die einzigen, die dem englisch-russischen Vertrag günstig gestimmt sein sollen. Die ganze übrige Partei sei sich einig in der Opposition gegen die Arbeiterregierung. Man erklärt daher in gewissen Kreisen, daß die Arbeiterregierung Abänderungen, die Asquith und Lloyd George verlangen würden, anzunehmen werde unter der Voraussetzung, daß diese Abänderungen den Geist des Vertrages nicht verletzen. In sozialdemokratischen Kreisen glaubt man noch immer, daß die Liberalen die Verantwortung für einen Sturz der Regierung wegen des englisch-russischen Vertrages nicht übernehmen wollen, zumal gerade die Liberalen immer, wie in diesen Kreisen erklärt wird, für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland eingetreten seien.

Churchill zu den Konservativen übergetreten.

London, 23. September. (Ill.) Churchill ist nunmehr offiziell zum konservativen Kandidaten in West-Exeter angenommen worden. Dieser Uebertritt Churchills zur konservativen Partei wird nicht ohne innerpolitische Folgen sein, wenn er auch in keiner Richtung nicht überschätzt werden darf. Indessen wird damit das Koalitionselement in der konservativen Partei verstärkt und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der liberalen Partei verbessert.

Jagul Pascha auf dem Wege nach London.

Paris, 23. September. (Ill.) Der ägyptische Ministerpräsident Jagul Pascha begibt sich morgen früh nach London, um mit dem englischen Premier über die Lage in Ägypten und im Sudan zu verhandeln. Die erste Zusammenkunft mit MacDonald findet am Donnerstag statt. Vier wichtige Fragen, die im Jahre 1922 nicht gelöst werden konnten, werden Gegenstand der Aussprache beider Ministerpräsidenten bilden. 1. Sicherung der Verkehrswege des britischen Imperiums. 2. Verteidigung Ägyptens gegen jeden direkten oder indirekten Angriff von außen. 3. Schutz der auswärtigen Interessen in Ägypten und der Minderheiten. 4. Die Sudanfrage. Jagul Pascha wird von keinem Minister des auswärtigen, dem ägyptischen Verkehrsminister und seinem Privatsekretär begleitet.

Der „Temps“ druckt heute abend eine Erklärung des ägyptischen Ministerpräsidenten ab, in der es u. a. heißt: „Die politische Atmosphäre ist verüstert. Der Zweck meiner Londoner Reise besteht darin, die Situation zu klären. Ich nehme an, daß ich dieses Ziel erreichen werde und bin von dem Wunsche erfüllt, die Besprechungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Ich habe Grund anzunehmen, daß in London dasselbe Gefühl vorherrscht.“

Amerika optimistisch.

Finanzautoritäten prophezeien einen Aufschwung Europas

London, 23. September. (WIB.) „Times“ meldet aus New York: Der Nationalrat amerikanischer Import- und Handelsfirmen hat gestern Briefe des Sekretärs des Schatzamts Mellon und Fred Rents, einer Autorität für das internationale Finanzwesen, veröffentlicht, worin alle beide sowohl dem amerikanischen als auch dem europäischen Handel große Vorteile aus einem erfolgreichen Arbeiten des Dawes-Plans voraussagen. Mellon, der das Vertrauen ausspricht, daß der Plan sich als ein Erfolg erweisen werde, erwartet die Wiederherstellung der europäischen Finanzen und der Handelsbeziehungen in Europa innerhalb einer kurzen Frist. Die Kaufkraft Europas werde ungeheuer verstärkt werden. Das werde sehr viel für die ganze Welt einschließend der Vereinigten Staaten bedeuten. Rents sagte einen ungeheuren Aufschwung des Handels in Europa voraus und sprach die Erwartung aus, daß die amerikanische Ein- und Ausfuhr sich vermehren wird. Er fügte hinzu, natürlich würden die hierdurch verursachten Veränderungen nur allmählich aufzutreten und es dem amerikanischen Produzenten ermöglichen, sich der Lage anzupassen.

Reichstagswahl in Schweden.

Kampf um die sozialdemokratische Mehrheit in der Zweiten Kammer.

(Von unserem skandinavischen Mitarbeiter.)

Am Sonnabend begannen die Wahlen für die Zweite Kammer in Schweden. Die schwedische Wahlmethode ist etwas veraltet. Im Laufe von 14 Tagen wird in den verschiedenen Distrikten des Landes gestimmt, und erst etwa drei Wochen später liegt das endgültige Resultat vor. Sogar von den einzelnen Bezirken oder Städten kann das Ergebnis erst zwei oder drei Tage nach der Wahl festgestellt werden. Die schwedischen Wähler müssen sich also, was das Resultat betrifft, gedulden.

Die Spannung wegen des Wahlausfalles ist diesmal bei der schwedischen Bevölkerung besonders groß, weil die Wahlschlacht um die Frage geht, ob Schweden wieder eine sozialdemokratische Regierung haben soll, und zwar mit einer Mehrheit in der Zweiten Kammer. Es fehlt nämlich nicht viel, um dies Resultat zu erreichen. Die Parteistellung war bis jetzt: 99 Sozialdemokraten, 62 Rechtspartei, 21 Bauernbund, 41 Demokraten und 7 Kommunisten.

Seitdem das Ministerium Branting vor einem Jahre demissionierte, ist das Land von einem Rechtsministerium unter Leitung des Prof. Trygger regiert worden. Es ist, wie es aus den Zahlen hervorgeht, ein Minderheitsministerium, das nur die Macht hat, sich mit Hilfe der Bauernpartei und der Demokraten halten zu können. Die große Frage ist jetzt, ob die Sozialdemokraten bei den jetzigen Wahlen die 17 Mandate gewinnen können, die erforderlich sind, um eine rein sozialdemokratische Mehrheit in der Zweiten Kammer zu haben. Soweit die Situation übersehbar ist, sind die Bedingungen dafür vorhanden.

Wenn die schwedische Sozialdemokratie gute Chancen hat, die Mehrheit zu gewinnen, so vor allem deshalb, weil die sozialdemokratische Partei die einzige unter den schwedischen Parteien ist, die ganz eintig an die Wahlurne geht. Sowohl die Demokraten, wie auch teilweise die Rechts- und Bauernpartei sind uneinig in der Alkoholfrage. Sie zählen innerhalb ihrer Reihen sowohl Verteidiger wie auch Gegner des Verbotsgebotes, und diese Frage hat sowohl in Schweden wie auch im Nachbarland Norwegen unglaublich große Bedeutung. Die Kommunisten sind auch in zwei Teile gesprengt, einen, der blinder Unterwerfung unter die Befehle Moskaus huldigt, und einen — wahrscheinlich der größte Teil —, der die Taktik den heimischen schwedischen Verhältnissen anpassen will.

An diese Spaltung der kommunistischen Partei knüpft sich eine Reihe tragisch-komischer Momente, die zeigen, welche eisenharte Regimente die Herren in Moskau gegen die „Kameraden“ führen, die von ihnen ökonomisch abhängig sind. Bei dem letzten „Weltkongreß“ standen die beiden tüchtigen Führer der schwedischen kommunistischen Partei, Höglund und Frederik Ström für „Reformismus“ auf der Anklagebank, und das Urteil war das gewöhnliche: sie wurden kaltgestellt. Höglund bekam Befehl, sofort sein Mandat als Redakteur des kommunistischen Organs in Stockholm, „Arbeids-Politik“ niederzulegen, und Frederik Ström, der bisher Moskaus hochbezahlter Generalkonsul in Stockholm war, bekam seinen Abschied auf grauem Papier.

Das kommunistische Organ in Stockholm lebt nämlich genau so wie die „Rote Fahne“ in Berlin ausschließlich von russischen Rubeln.

Sowohl Höglund wie auch Ström weigerten sich inzwischen, dem Strafbefehl aus Moskau nachzukommen und, soweit sich erheben läßt, schloß sich ihnen die Mehrzahl der schwedischen Kommunisten an. Die Geldgeber in Moskau waren aber strenge Herren. Da Höglund nicht von selbst gehen wollte, erschie eines schönen Tages im Bureau des kommunistischen Organs ein anderer schwedischer Kommunist namens Allbom, und Herr Höglund nebst seinem ganzen Anhang von Mitarbeitern wurde hinausgeworfen. Die Hinausgeworfenen versuchten mehrmals durch Gegenangriffe das Blatt zurückzuerobern; es gelang aber nicht, das Schlachtfeld blieb im Besitze der Moskowiter.

Das Resultat war, daß die Hinausgeworfenen ein neues kommunistisches Organ gründeten, und jetzt geht der Krieg zwischen den beiden „Brüderorganen“, und beide Parteien haben Kandidaten für die Wahl aufgestellt. Es wird sicher in Schweden so gehen wie in Norwegen, wo ein ähnlicher Kommunistenkrieg, doch unter weniger dramatischen Formen, entstanden ist, daß die Moskowiter bei den Wahlen eine schwere Niederlage davontragen. Nur in Deutschland unterwirft man sich demütig den Befehlen aus der Kanzlei in Moskau. Die vielen schönen russischen Rubel, die im Laufe der Jahre von Rußland nach Schweden geschickt sind, sind hinausgeworfenes Geld.

Ganz ohne Schwierigkeiten wird die Sozialdemokratie den Sieg jedoch nicht gewinnen. Die beiden reaktionären Parteien, Rechts- und Bauernpartei, haben trotz vieler Gegenstände in mehreren Bezirken Bündnisse geschlossen, die für die Sozialdemokratie schwer zu überwinden sein werden.

Die große Frage des Wahlkampfes ist die Militärfrage. Selbst wenn die schwedischen Sozialdemokraten nicht so weit wie ihre Parteigenossen jenseits des Ozeans, die Dänen, gehen werden und volle Abrüstung vorschlagen, werden sie jedoch so starke Verringerung der Militärausgaben beantragen, daß das in Wirklichkeit Anfang der Abrüstung ist. Es ist für die schwedische Sozialdemokratie eine gefährliche Wahlsparole. Die schwedische Oberklasse und

teilweise auch die Mittelklasse fühlt sich sehr und empfindet es als demütigend für Schweden, keine militärische Rolle in Europa spielen zu dürfen.

Außer der militärischen Frage hat die schwedische Sozialdemokratie natürlich auch eine Reihe großer sozialer Fragen auf ihrem Wahlprogramm. Es war ein solcher sozialer Vorschlag wegen erweiterter Arbeitslosenunterstützung, über den das vorige Ministerium Branting fiel.

Wenn es den schwedischen Parteigenossen gelingen sollte, die 17 Mandate, um die es sich jetzt handelt, zu gewinnen, wird Schweden das erste Land sein, wo unter normalen Umständen eine rein sozialdemokratische Mehrheit erreicht worden ist. Gleichzeitig würde damit erzielt, daß das bisherige Kommunismus, das bisher in Schweden gewesen ist, ganz seine Rolle ausgespielt haben wird und eine positive sozialdemokratische Reformarbeit zum Vorteil der Arbeiterklasse nicht zu hindern vermag.

Deutschnationale weiter abbröckelnd.

Die politische Vormittagsbörse.

Die Morgenpresse beschäftigt sich ausführlich mit den vorläufigen Ergebnissen des Kabinettsrats, wobei auch die Frage erörtert wird, ob das bekannte, von den Deutschnationalen und der Volkspartei entrierte Ultimogeschäft in Ministerportefeuilles zur Effektuierung gelangen wird oder nicht. Die pessimistischen Auffassungen, die in dieser Angelegenheit vorherrschen, werden durch einen Artikel verstärkt, den der deutschnationale Abg. v. Lindener-Wildau am „Tag“ veröffentlicht. Nach dem Geständnis des Herrn v. Lindener ist das Wort „Bürgerblock“ schon derartig in Verruf geraten, daß eine Firmenänderung notwendig ist, um den Kredit aufrechtzuerhalten, und zwar soll die neue Erwerbungs-gesellschaft unter dem Namen „Staatsbürgerblock“ in das politische Handelsregister eingetragen werden.

Kommt das Geschäft nicht zustande, so will auch Herr v. Lindener den Weg der Opposition gehen. Worüber er des näheren ausführt:

Ich könnte mir denken, daß dann als äußeres Zeichen des neuen Aufbruches neue Männer in die Front treten, die entschlossen sind, die Partei auf diesem Wege rücksichtslos vorwärts zu führen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in einer großen Rede im oberösterreichischen Wahlkampf bereits aus eigener Initiative davon gesprochen hat, daß er selbst in einem solchen Falle die Erneuerung der Partei „an Haupt und Gliedern“ für erforderlich halte.

Die Logik der Herren v. Lindener und Hergt berührt etwas eigentümlich. Zum Regieren ist die Deutschnationale Partei, so wie sie ist, gut genug. Kommt sie aber nicht zum Regieren, so muß sie „an Haupt und Gliedern erneuert“ werden. Wäre es nicht vielleicht gut, eine solche Erneuerung vorzunehmen, bevor man in die Regierung gelangt?

Anfrage an Stresemann.

Früchte der deutschnationalen Hege.

Karlsruhe, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) An den Reichsaussenminister Stresemann richtet der Karlsruhe'er „Volksfreund“ in seiner heutigen Nummer eine offene Anfrage. Auf der Kreisversammlung der Sozialdemokratischen Partei Niederbadens, die am vergangenen Sonntag in Karlsruhe stattgefunden hat, machte der Reichstagsabgeordnete Gesecke Welfs Mitteilungen, die zu dieser offenen Anfrage an Stresemann nötigten. Danach hat Stresemann im Anschluß an seine letzte Rede, die er anlässlich der Reichstagswahl in Karlsruhe gehalten hat, in einer Besprechung, die der Verleger der „Badischen Presse“ Jürgensen veranstaltete und zu der nur ein sorgfältig ausgewählter Kreis sich interessierender Persönlichkeiten eingeladen war, folgendes mitgeteilt: Als die von den alliierten Regierungen an die Dawes-Kommission entsandten Sachverständigen ihre Arbeiten beendet hätten, habe er, Stresemann, einen der Engländer gefragt, wie es gekommen sei, daß die im Jahre 1928 in Kraft tretenden Belastungen auf 2500 Millionen Gold-

mark durchgesetzt worden seien, obwohl die Engländer und Italiener nur 1750 Millionen Goldmark als das Höchste angesehen hätten, das Deutschland von dem genannten Jahre ab zu leisten imstande sein würde. Der getrogte Engländer habe darauf Stresemann mitgeteilt, daß die Amerikaner umgefallen wären, und zwar deshalb, weil ihnen aus deutschnationalistischen Kreisen der deutschen Industrie zugetrugen worden wäre, daß Deutschland seine außerordentliche starke Leistungsfähigkeit zurückgewinnen werde, sobald einmal wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse vorhanden wären und „mit der Revolutionswirtschaft aufgeräumt“ sei. Danach hat man es also deutschnationalen Hehern zu verdanken, daß Deutschland jährlich 750 Millionen Goldmark mehr zu zahlen hat, als die Alliierten ursprünglich festgesetzt hätten. Warum, so wird gefragt, hat Stresemann im Reichstag von solcher wichtigen Angelegenheit keinerlei Mitteilung gemacht?

Gegen die Einführung der Ausfuhrabgabe.

Gesuche der Industriellen-Verbände.

Die Einführung der 20prozentigen Reparationsabgabe durch Frankreich hat den Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie veranlaßt, bei der Reichsregierung um Herbeiführung einer schiedsrichterlichen Entscheidung auf Grund des mit der Reparationskommission getroffenen Abkommens vorstellig zu werden, da durch die erneute Erweiterung des Systems der Reparationsabgabe auf die deutschen Exportwerte eine Entziehung von etwa 300 bis 350 Millionen Goldmark an Deviseneingängen im Jahr zu befürchten sei, ein Ausfall, der bei der jetzigen Lage der Handelsbilanz von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könne und zwangsläufig der endgültigen Währungsgefundung entgegenwirken müsse.

Auch der Deutsche Industrie- und Handelstag hat an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, alles zu versuchen, um diese französische Maßnahme rückgängig zu machen, zum mindesten aber eine Rückerstattung der Abgabe in bar zu gewährleisten. Auf keinen Fall dürfe Frankreich die Abgabe als Repressalie bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen verwenden.

„Herriot pfeift“ — und die „Note Fahne“ tanzt.

Die „Note Fahne“ führt aus Anlaß der zum 1. Oktober angekündigten Wiedereinführung der 20prozentigen Einfuhrabgabe in Frankreich wahre Indianerlärche auf. „Herriot pfeift auf die Dawes-Bibel“, verfährt sie in sensationeller Aufmachung. Diese Behauptung ist falsch. Die Einführung der Einfuhrabgabe in Frankreich stützt sich auf den Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 und widerspricht dem Geiste des Dawes-Gutachtens wie der Londoner Abmachungen. Leider enthalten die Londoner Vereinbarungen in diesem Punkte eine formelle Lücke, die zuerst von England und jetzt von Frankreich ausgenutzt worden ist, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, um bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen ein Druckmittel gegen Deutschland in der Hand zu haben.

Es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausnützen wird, um den französischen und den englischen Beschluß rückgängig zu machen. In dieser Beziehung gibt ihr gerade der Londoner Pakt Möglichkeiten in die Hand, wie z. B. die Annulierung eines Schiedsgerichts, die sie früher nicht besaßen hat. Man muß schon die Ignoranz der Kommunisten besitzen, um auch bei dieser Gelegenheit alle Schuld auf das Dawes-Gutachten abzuwälzen. Wenn die jetzige Kompilation eingetreten ist, so nicht infolge, sondern trotz der Londoner Abmachungen.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Paris, 23. September. (Gaa.) Zu der Unterbrechung der deutsch-belgischen Verhandlungen melket der „Matin“, die beiden Verhandlungsparteien seien sich einig darüber, daß die Frist bis zum 1. Oktober, wo eine deutsche Delegation sich nach Paris begeben werde, um mit Frankreich Handelsvertragsverhandlungen zu

führen, zu kurz sei, um die belgischen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Auch habe die belgische Delegation es für notwendig erachtet, mit ihrer Regierung zunächst einmal wieder Fühlung zu nehmen. Die Verhandlungen sollen am 15. Oktober wieder aufgenommen werden.

Ludendorff beim Kapp-Putsch.

Ehrhardt als Zeuge.

Weinids-Ehrhardt kommt in der Fortsetzung seiner Erinnerungen auch auf die Tätigkeit Ludendorffs während des Kapp-Putsches zu sprechen. Dieser war bekanntlich der einzige, auf den Ehrhardt beim Zusammenbrechen des Ganzen noch seine Hoffnung setzte. Nun schildert der Weinidsbrigade eine beim General v. Doen abgehaltene Kommandeursbesprechung, bei der Doen erklärte, daß die Mannschaften ständen nicht mehr hinter den Offizieren und nicht mehr hinter Lüttich, infolgedessen müsse Lüttich zurücktreten. Ehrhardt versichert, er wäre in schärfster Form dagegen aufgetreten und hätte das ganze Gerübe bezeichnet als „ein jämmerliches Verbrechen (Schlappe) der Offiziere hin... der Mannschaften“:

Über was bedeuteten meine Worte, da heißt ein Appell des Generals Ludendorff nichts nützte, der die Herren fest beim Posten ansetzte.

Ludendorff ging ins Nebenzimmer. Nun wurde abgestimmt: Wer steht hinter Lüttich? Es ergab sich, daß außer zwei Offizieren kleinerer Verbände und mir niemand mehr zu Lüttich stand. Da schritt ich wutstöhnend über diese Treulosigkeit und Hinterhältigkeit ins Nebenzimmer, welche Erzellenz Lüttich den Tafelband und hat ihn, sämtliche Generale und Kommandeure verhaften zu dürfen. Leider rieten jedoch General von der Goltz und Ludendorff davon ab. Lüttich gab mir Befehl, nichts gegen diese Kanaklere zu unternehmen. Da ging ich ins Besprechungszimmer zurück und erklärte General von Doen: „Ich rüde sofort mit meiner Brigade aus Berlin ab!“

Der Oberbrigade geht also offen zu, daß sowohl er wie auch Ludendorff die Offiziere zur Fortsetzung des bewaffneten Aufstands gegen die verfassungsmäßige Regierung aufgefordert haben. Trotzdem ist bekanntlich Ludendorff seinerzeit vor dem Reichsgericht nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge erschienen und hat seine ganze Beteiligung am Putsch eidlich abgeleugnet! Das war eine nachträgliche Prämitierung des Hochverrats durch den großen Verräter. Aber derselbe Ehrhardt, der eben die künftigen Generale hatte verhaften lassen wollen, erhielt seine sofortige Prämie! Er wurde vom General Doen, wie er berichtet, zur Belämpfung des Bolschewismus“ in Pflicht genommen, konnte selbst mit seinen Truppen abrücken und nunmehr noch voller Behagen berichten, wie seine Leute in das „Gefindel“ auf der Straße hineingekauert haben!

Ein solcher Burde gilt trotz allem heute noch als Vertrauensmann der Reaktionen nicht nur in Bayern! Er kann trotz aller Strafbefehle auch heute noch seine Rolle spielen und die Verfassungsbefehle, die gegen ihn erlassen sind, wahren wahrheitsgemäß an manchen Orten noch immer denselben Weg, den einst die Auflösungsbeehle bei den damaligen Militärbehörden und bei seiner eigenen Brigade gewandert sind. In Bayern wird dieser Ehrhardt gebührend, damit er die „Republik“ einen Thüringen organisieren und gelegentlich mit dem großen Patrioten Ludendorff-Putschisten sich über „Offizierschre“ und dergleichen unterhalten kann.

Dinterei in Bayern.

Die Mordmörder klagen über Mordmord.

Die Fraktion Ludendorff-Dinterei ist doch vor Reich. Sie glaubte bisher das alleinige Recht zur politischen Blamage zu haben. Nachdem aber die Deutschnationalen ihnen hierin den Rang abgemessen haben, müssen sie sich bemühen, das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Sie versuchen das auf dreifache Weise.

Ihr Blutsverdingungs-Dinterei hat in Thüringen abgemordet. Er mußte sogar, ehe er den Staatskonkurrenzpräsidenten zur Strecke brachte, selbst den Vorstoß in der Fraktion des thüringischen Landtages niederlegen, und zwar, wie damals verlautete, infolge besonderer Einwirkung Ludendorffs. Dinterei verschwand darauf,

Frühstück bei Hammer und Sichel.

Köln's Herbstmesse 1924.

Ein Surren und Drängen, ein Wandern und Weilen im Angesicht des Doms, der seine Lürme im Strom spiegelt. Rüstige Männer, durch Altkleidchen und Zeltingstonnolule als Proflechte gekennzeichnet, eilen durch das Freigeblände dem reizenden Gartenpavillon Nummer 7 zu. Hier ist die Musterausstellung der Union der sozialistischen Räterepubliken, die zu einer Besichtigung mit nachfolgendem Frühstück gebeten hatte.

Und sie kamen alle! Demokraten, Monarchisten, Faschisten und Sozialisten sammelten sich zur friedlichen Schau, die von martialischen Männern aus Köln mit wallenden roten Säbeln flankiert wird. Ueber Komrad da drüben, hast Du nicht längst im Kölner Stadtrat heilig mit den Häuten auf Dein Pult getrommelt? Hast Du nicht Deinen massig geformten Achtenbecher zum Zeichen des proletarischen Proleten gegen die bürgerliche Gesellschaft erhoben? Heute ist Dein Ton laut und zärtlich und ich bin entzückt, daß Du mir, einem sozialistischen Palatin des Kapitalismus, wie Du noch neulich sagtest, ein Augenzwinkern nicht ohne Freundschaft gewidmet hast.

Nun wandern wir durch die Ausstellung und blicken uns in Klumpen um den Leiter aus Moskau. Er berichtet, demonstriert uns Russlands Rohstoffquellen, schildert die Tätigkeit der russischen Handelsvertretung, die allmähliche Eingliederung Sowjetrußlands in den Weltverkehr, zeigt uns reizende Proben russischer Volkskunst. Und dann folgt er: „Meine Damen und Herren! Darf ich Sie zum Frühstück bitten?“

Alles wundert zum Messe-Parkhaus, einer grünen Insel leidlichen Genusses, abseits von der Hast des Profits und der Konkurrenz. Eine herrliche Tafel ist hier errichtet! Bunte Herbstblumen laden das Auge, mondäne Reiter stehen herum, zum Dienste bereit. Man nimmt Platz; Herren der russischen Handelsvertretung, überzeugungstreue Bolschewisten, sehen sich realpolitisch neben die Vorkämpfer und Vorkämpfer der russifigen Bourgeoisie. Da nähert sich die Kölnner mit mächtigen Glasfenstern: „Ein russischer Wodka gefällig?“ „Oder ein Sherrn?“ Es leuchtet farblos in den Gläsern, die ersten Schritte zeigen den Appetit. Nun rücken breite Tanks von russischer Wappeln heran. Röhre Kavarschbröden, rosafarbene Käsebratlingen, Sardinen, Sardellen, Zungen und Salomies umgeben den in grünen Schattchen gebetteten Heringsolot. Ein wunderbarer Wokal ertönt in den Räumen. „Donnerwetter!“ „Profitt!“ Harmonische Tischgespräche über Lenin, über die russischen Bauern — sie wärmen das Wohl, sie vollziehen sich mit einer Monierlichkeit, die mehr ist als bloße Regie. Drüben sitzt ein hunger Vertrauensmann der Handelsvertretung, ein ehemaliger russischer Offizier. Sein Gegenüber ist ein deutscher Demokrat, und plötzlich entdecken sie beide, daß sie sich zwei Jahre lang bei Ross Georgiewof im Schlingensiefel gegenüberlagen. Sie lächeln sich zu. Kah-Mlein, Koenen, Schöner, Bucharin, Sinowjew! Ich denunziere!

Heiterliche Reden steigen empor. Es klingt darin von Wirtschaftserfindung, Weltverförmung: „Die Kapitalisten aller Länder, hebt länger kein Mißtrauen, das Euch das Geschäft mit Ausland

vergällt! Glaubt uns, wir halten unsere Verpflichtungen!“ Es heben sich die Köpfe, Hochs und Händelischen. Und der Rehrücken à la Orloff wird aufgetragen. Er zerlegt auf der Junge. Die braunen Bällchen, die das byzantinische und gemahlene Bürgerum Prinzess-Karlsfischen nennt, die grünen Gemüße, die spritzenden Saucen! Ein neuer Wein kommt, ein wunderbarer Kauenhafer 1921. Die russischen Gastgeber stellen die Rosen schnuppernd bis Glas und tun gleich ihren Wästen manch guten Zug. Man wird fröhlich, es kommt Wlach, es kommt Rimmel. Und dann erscheint eine gemischte Speise, in der sich alle Früchte des Orients vermählen. Zigarren mit breiten Bauchbinden und ein türkischer Restta beendet das Mahl im frühlichen Tempo. Ein letztes Abschiedswort, ein letzter Glasektion, man erhebt sich dampfend und dankbar.

Das Frühstück der Handelsvertretung der vereinigten Sowjetrepubliken ist beendet. An der Porte des Festlooles steht wieder ein Mann mit einer breiten roten Schleife und bringt eine Botschaft. Bebt wohl! Es war nicht gerade profanarisch, aber es war reizend. G. Beyer, Köln.

„Freischütz“.

(Oper am Königsplatz.)

Es ist ein gutes Zeichen für den Geschmack des Publikums, ein besseres für den Geist, der in der Staatsoper herrscht, daß man ein Werk wie den „Freischütz“ immer wieder zu hören begehrt, daß ein solches Juwel unter den Opern aber noch unter anderen Gesichtswinkeln gesehen werden kann. Diesmal galt es zum ersten Male die Krollbühne heranzuziehen für ein Werk, man kann in diesem Sinne sagen, daß geflern das Kroll-Theater eigentlich erst eingeweiht wurde. Das Haus gehört sozusagen der Volksbühne, und ihre Mitglieder nahmen das Ereignis mit ruhigem Interesse hin, lächlich erquid, aber ohne die Herzenswärme, die ihm gebührt hätte. Das muß keine Gründe haben. Ich kann mir denken, daß die Innigkeit, Wärme und Heiterkeit der Liebenden, die Fröhlichkeit der Jugend nicht genugam von der Bühne ausging. Die Wogthe der Frau Marher hat bei aller Musikalität an einem Phlegma, das seiner Braut, auch nicht der durch Träume verängstigten, gut zu Gesicht steht. Ganz ausgefallen konnte das auch nicht Fräulein Knepel mit ihrem hochgeschliffenen, aber doch nicht überwundenen Humor. Schorr ist ein glänzender Sänger, bleibt aber darstellerisch hinter Muffren Vorbildern zurück (auch Winer Schöngendorff), und Dörfling, um den sich je jetzt auch Winer reißt, ist ein bedauerlich schlechter, gekürter Sprecher, doch sein weicher Tenor besetzt die kleine Linzer der Junge schön.

Die gesamte Aufführung geht wohl auf den raffines Hefigen Kiebel zurück. Ihm ist jede Note heilig. Man hört eine Partitur, die man auswendig kann, mit neuen Tönungen und eigenartig charakterisierender Hervorhebung von Instrumenten. Sehr sehr breit und dennoch lebendig. Der Aufbau der Volksstückmusik war ein Kabinettsstück, ebenso die prächtige Formulierung der Jägerchöre und die Frühe der Wädhengänge. Ein Dinterei ist er nur im Vorbehalt, und zwar sicher gar nicht. Die einfach gesungene deutsche Cantilene dehnt sich oft bis zu einer Unterbrechung der Melodie. Doch

geht der Ehrgeiz, Besonderes zu schaffen und zu gestalten, in allem, was empfindenwolle Sache ist, so köstlichen Weg, daß man nicht langsam lieb gewinnt.

Kravantinos hat die alten, entsetzlichen Pirschen-Deformationen bedrängt, hoffentlich für immer. Sein Wohl hat natürliche Lust und Boden auf, das Zimmer im Forsthaus ist warm, heimelnd, wenn auch zu äppig, das Brauszimmer aus Norden und einfachen Roblar heraus jubelnd lauter, die Wollschleude best genug, um Menschen und Phantasieerzler erkennen zu lassen, hinfel genug, um Schauer zu erwecken. An den Himmelbewohnern und am Wasserfall stimmte manches nicht, von peilich-blauer Seide sah man er dem Brausefänger vor ellen anderen Farben nicht. Die geistlicher hufschende Senure wirkte auf der Camlet des Herrs Schred aber ist kein Kinderchorek, sondern ein böser hysterischer Freier. Und noch eins: „Freischütz“ ist nicht „Curgantje“ und nicht Russtdrama. Das Spiel soll 2½ und nicht 3½ Stunden dauern.

Kurt Singer.

Ueber eine epochemachende Neuerung in der Seelabtelegraphie hat auf der Naturforscherversammlung in Innsbruck Prof. D. Wagner-Berlin, Präsident des Telegraphentechnischen Reichsausschusses, berichtet. Bisher konnte man auf den langen Transozeantischen nur recht langsam telegraphieren; auf den Kabeln zwischen Europa und Nordamerika werden z. B. in einer Minute nur 180 Buchstaben, auf manchen Kabeln im Pazifischen Ozean sogar noch unter 100 Buchstaben befördert. Prof. Wagner und seinen Mitarbeitern ist es gelungen, die Telegraphengeschwindigkeit auf 1000-1200 Buchstaben pro Minute zu steigern. Die technischen Mittel, mit denen dies erreicht wird, bestehen in einem neuen Kabeltyp mit erhöhter Selbstinduktion sowie neuen Apparaten und Schaltungen zum Schmelzen und Schnelempfang unter Verwendung von Hochstromverstärkern. Wie mir hören, werden die von der Deutsch-Asiatischen Telegraphengesellschaft geplanten Kabelverbindungen von Deutschland nach Nordamerika und anderen Ländern nach dem neuen System hergestellt werden.

Spekulation in Briefmarken. Daß die brasilianische Regierung in Zeiten übermäßiger Kaffee-Ernten einen Teil der Ernte in den Meer warf, um auf diese Art das Angebot zu verringern, den Preis also zu steigern bzw. zu halten, ist bekannt. In den kaffeeerzeugenden Gegenden dürfte es indes gebräuchlich, daß diese Methode auch auf dem Gebiete des Postwertzeichenmarktes Anwendung findet. So hat in jüngster Zeit die amerikanische Regierung zwei Drittel der Marken, die aus Anlaß der Dreihundertjahrfeier der Insel St. Kitts Nevis erschienen sind, verbrennen lassen. Der Grund dieser Markvermehrung kann nur dahin erklärt werden, daß hierdurch die Marken seltener, ihr Wert also erhöht werden soll.

Ueber „Sexualpsychologisches zu Tullers Hutmännern“ bricht am 24. abends 8 Uhr Samstags Dr. Magnus Oetefeld im Groß-Haedeel-Saal, in den Helten 20.

Carl Kiefenbach hat sich einer Anicooperation unterzogen und alle für diesen Herbst angekündigten Tagabende abgeben müssen.

um jetzt wieder von sich reden zu machen. Das „Deutsche Tageblatt“ bringt eine eigene Meldung aus München, wonach Dinter „an Vergiftungserscheinungen nicht unbedenklich erkrankt“ sei und daß ihm das unbedarmte Gift „nach Lage der Dinge nur durch jüdische Kreise“ beigebracht worden sein könne.

Die Münchener Völkischen wollten den „Giftmord“ sofort praktisch ausnützen. Sie beabsichtigten am Sonntag ein Flugblatt zu verbreiten mit „Enthüllungen“ über den „Giftmord“ auf Dinter. Aber die Münchener Polizei hat die Verbreitung — selbstverständlich „auf Betreiben einflussreicher jüdischer Kreise“ — verhindert. Darüber ist nun das Wulffblatt berätig in Tränen aufgelöst, daß er dieses Sermion aus eigenem den Schauererzählungen anfügt:

„Ruflos möchte man die Feder niederlegen und auf jedes Wort eines Kommentars verzichten, statt dessen aber es hinaus-schreiben, schreiben, daß die ganze deutsche Welt es hört: Du, deutscher Bruder, sie meucheln einen deutschen Kämpfer! Suchen ihn zu vergiften wie einen räudigen Hund. Sie wollen auf diese Weise einen Mund auf ewig schließen, dessen kenntnisreiche Beredsamkeit ihnen seit Jahren die Masken herunterriß und ihr innerstes Wesen enthüllte. Und während dies Entsetzliche geschieht, gibt es in Deutschland andere, die es darauf anlegen, einen Hiltler, auch einen Kämpfer, dessen freie Wirkungsmaßigkeit sie zitternd erwarten, hinter Kerkermauern zu begraben. Ein politischer Giftmordersuch wird in Deutschland am „Herzen europäischen Zivilisation“ im 20. Jahrhundert verübt. Schreit nicht die ganze Öffentlichkeit auf? Arbeitet nicht jeder fieberhaft daran, die letzten Fäden, die eine solche Möglichkeit verknüpfen, zu entwirren? Im Gegenteil! Man beschloß, nahm aufläuternde Schriften eines läppischen formalen Grundes wegen. Man „beschwichigt“. Man hat ja ganz andere Sorgen. Besonders in München!“

Schredlich! Schredlich! Was da nicht alles geschehen kann in diesem München des Bürgerbräus, des Rahr und Ludendorff! Der „Mund mit der kenntnisreichen Beredsamkeit“ soll auf ewig geschlossen werden, durch jüdisches Gift?

Wo bleibt der Hammer-Fritsch, daß er mit seinem Ritualmord-Zettelkasten endlich die nötige Aufklärung verbreitet? Wo bleibt der allermögliche Botan, daß er solche Sünde wider das völkische Blut mit allen Strafen allergermanischer Heiltschere bestrafe?

Wirklich: Man möchte förmlich schreien! schreien! Aber es hilft alles nichts! Die Völkischen können die Blamose der Deutschnationalen trotz allem nicht mehr einholen. Auch wenn die berufsmäßigen Weichselmörder einen „Weichselmord“ zu Klamezwecken erfinden!

Republikaner unerwünscht.

Monarchistische Gefallenenehrung in Prenzlau.

Vom Gauvorstand Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird uns geschrieben:

In Prenzlau wurde am 21. September in Anwesenheit des ehemaligen Regimentskommandeurs, der Kriegervereine und Regimentsmusik sowie eines Traditionskommandos der Reichswehr unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot das von Professor Kallisch geschaffene Denkmal für die Gefallenen der Regimenter enthüllt. Die im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold organisierten republikanischen Kriegsteilnehmer waren zu dieser Feier nicht zugelassen, und veranstalteten daher unter großem Jubel der Bevölkerung am Nachmittag eine kurze und würdevolle Gedenkfeier, bei der Schriftsteller Komrad zu Gedenkrede hielt. Außerdem sprach herrliche Worte der katholische Pfarrer Rionka. Herr Rionka hatte auch am Vormittag in der Veranstaltung der nationalen Verbände gesprochen, hatte aber hier das Wort nur ergriffen unter der Bedingung, daß es unglücklich sei, daß man die Republikaner von dieser Veranstaltung ausschliesse, und daß er es daher für seine Pflicht halte, auch bei der Veranstaltung der Republikaner zu sprechen. Das würdige Eintreten des Geistlichen hat Anerkennung und über die Kreise des Reichsbanners hinaus gefunden.

Soweit die Aufsicht. Wir richten an den Reichsbannerminister die Anfrage, was auf der Veranstaltung der Prenzlauer Monarchisten das Traditionskommando der Reichswehr sollte, da doch die Republikaner von der Veranstaltung ausdrücklich ausgeschlossen waren? Was gedenkt das Reichsbannerministerium zu tun, um im Zukunft den Mißbrauch der Reichswehr bei rein monarchistischen Kundgebungen zu verhindern?

In Borsdamm bei Dreßden ford am letzten Sonntag unter unangenehmer Beteiligung der gesamten Bevölkerung die Fahnenweihe der dortigen Detachment des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt.

Nationalistisch-militaristischer Rummel.

Parteiliche Polizei in Bremen.

Bremen, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag und Sonntag fand in Bremen ein Regimentsappell des ehemaligen Infanterieregiments 75 statt, der von der Rechtsorganisation zu einem großen schwarzweißroten Rummel ausgearbeitet wurde. Die Reichswehr beteiligte sich offiziell an sämtlichen Kundgebungen und veranstaltete am Abend einen Fackelzug zum Kriegerdenkmal. Der Mittelpunkt des Rummels war ein Festgottesdienst im Bremer Bürgerpark, bei dem zwei Pastoren einem neuen Kriege das Wort redeten, die Friedensfreunde verhöhnten und die Nachkriegsverhältnisse in Deutschland in völkischer Weise beschimpften. Anschließend hieran fand vor dem General a. D. von Quast und in Gegenwart von Regierungsvorstern eine militärische Parade statt, an deren Spitze die Reichswehr mit ihrer Regimentskapelle marschierte. Ihr folgten verschiedene Kriegervereine mit ihren Fahnen, uniformierte Stahlhelme, Jungdoktrips mit ihren Standorten, Hiltler-Garden mit Falkenkreuzfahnen und -armbändern, Reitervereine zu Pferde und zahlreiche Offiziere aller Waffengattungen in Kriegs- und Friedensuniformen mit Orden und Monokeln. Der Umzug bewegte sich durch die Hauptverkehrsstraßen der Stadt und löste sich auf dem Kasernenhof auf, wohin auch die Stahlhelmer und Falkenkreuzer folgten. Unter den mitgeführten Fahnen befand sich selbstverständlich keine einzige Reichsfahne, dafür um so mehr schwarzweißrote, welche letztere neben der Bremer Flagge auch nur in der Stadt zu sehen waren. Abgesehen davon, daß bei dem Umzug mehrere zuschauende Personen, die die Republik hochleben ließen, mit Polizeigummistiefeln verprügelt und festgenommen wurden, hat sich kein Zwischenfall ereignet. Die Antikriegskundgebung der Gewerkschaften und der Partei, die auf einem öffentlichen Wege stattfinden sollte, wurde von der Polizei in letzter Stunde verboten, weil die Kommunisten bewaffnete Störungsversuche beschloßen hätten. Diese Tatsache ist kennzeichnend für den Geist der Bremer Polizei, die den Regimentsappell schätzte, die Kundgebung aber nicht sichern wollte. Gleichzeitig beweist der Vorfall, daß die Knappenkommunisten in der Reaktion auf treiflichste in die Hand arbeiten. Die sozialistische Fraktion der Bürgerschaft in Bremen wird wegen dieser Verbote und der parteiischen Behandlung der nationalistischen und republikanischen Veranstaltungen der Senat interpellieren.

Schläft die Verkehrspolizei?

Zusammenstoß zwischen Straßenbahnwagen und Güterzug. — Zwei Tote.

In den fortlaufenden Serien der letzten Berliner Verkehrsunfälle spielt ein Zusammenstoß zwischen einem Güterzuge und einem Straßenbahnwagen der Linie 55, der sich gestern abend gegen 8 Uhr in nächster Nähe Spandaus zugetragen hat, eine traurige Rolle.

Zwischen den Bahnhöfen Spandau-Stadt (Hauptbahnhof) und dem alten Ruhlebener Auswandererbahnhof führt von der Hauptstraße eine Nebenlinie ab, die zuerst das Gebiet der Deutschen Werke durchquert, dann über die Spree fließt, jenseits nochmals ein Gebiet der Deutschen Werke kreuzt und sodann im Straßenniveau die Berlin mit Spandau verbindende Hauptverkehrsader, die Berliner Chaussee kreuzt, um dann weiter und nochmals einen Teil der Deutschen Werke zu verbinden. An der genannten Stelle, der Berliner Chaussee, wo diese Verbindungsbahn die Straßenbahnlinie kreuzt, hat sich das Unglück abgespielt. Die Eisenbahnzüge werden wegen der Gefährlichkeit dieser Kreuzung durch weitgehende Bestimmungen veranlaßt, auf den Straßen- und den Straßenbahnverkehr Rücksicht zu nehmen. Die Züge müssen außerordentlich langsam fahren, vor dem Zuge muß ein Mann mit einer Glode gehen und nachts ein Mann mit einer Laterne. Der Eisenbahnzug hat vor dem Straßenbahnzug das Vorfahrtsrecht. Allen Straßenbahnführern ist diese gefährliche Stelle bekannt, ebenso sind oder müssen ihnen die Vorschriften bekannt sein. Um den Straßenbahnwagen soweit wie möglich zu schützen, befindet sich vor und hinter der Kreuzung mit der Eisenbahn eine Haltestelle. Ein Wagen der Linie 55 kam aus der Gartenfelder Straße und wollte nach Spandau fahren, und übertrug in schneller Fahrt die Eisenbahngleise. In demselben Augenblick kam von der Richtung Nonnendamm ein Güterzug. Dem Lokomotivführer gelang es nicht mehr, den Zug zum Halten zu bringen; während der Triebwagen der Elektrischen dem juchzenden Unheil noch entrinnen konnte, wurde der Anhänger von der Lokomotive erfasst, die dem Wagen den ganzen Hinterpetron abriß. Drei auf dem Hinterpetron befindliche Personen wurden herausgeschleudert. Eine Frau und ein Rongierer, der von der Lokomotive fiel, wurden getötet, eine Frau Mann aus Spandau wurden beide keine abgefahren und ein Arbeiter Franz Adrejewski erlitt schwere Rippenquetschungen und einen Nervenschlag. Bisherige Feststellungen deuten auf ein Verschulden des Straßenbahnführers hin, doch stehen die Ergebnisse der Untersuchung noch aus.

Es gewinnt aber auch den Anschein, als ob an der verhängnisvollen Stelle die in den letzten Wochen für Groß-Berlin unausgeseht bemängelte schlechte Straßenbeleuchtung eine Rolle gespielt hat. Die Spandauer Feuerwehr brachte die erste Hilfe und führte die Verletzten in das Spandauer Krankenhaus.

Die getötete Frau ist festzustellen als Frau Auguste Schröder, wohnhaft in Spandau, Scharlants 3, der 15jährige Junge als Gerhard Klebs in Spandau, Reiterstr. 14, wohnhaft, leichte Kopfverletzung.

Die Untersuchung.

Die heute vormittag an der Unfallstelle begonnen hat, und an der Vertreter der Reichsbahndirektion Berlin, der Straßenbahndirektion, der Staatsanwaltschaft und der Polizei teilnahmen, soll vor allem feststellen, ob den Lokomotivführer des Güterzuges oder den Straßenbahnführer die Schuld trifft, oder ob nicht alle beide gefehlt haben. Soweit aus Zeugenaussagen bisher hervorgeht, hat der Lokomotivführer des Güterzuges kein Warnungssignal gegeben, es hat auch kein Eisenbahnbeamter die Sirenen geschrien. Bählig unvorsichtiger ist noch die Frage, ob der Straßenbahnbeamte die Manöverstellung rechtzeitig und sich orientiert hat, ob er weiterfahren sollte oder nicht. Diese Feststellungen dürften aller Voraussicht

Der Friedrichshagener Mord.

Bisher noch keine Aufklärung.

Was wir mitteilen, war es der Nordkommission gelungen, die Tode zu identifizieren. Es ist die 32-Jahre (nicht 23 Jahre) alte Arbeiterin Frau Clara Wöbch geb. Wille. Zuletzt war sie bei einer Bekannten in der Sedanstr. 98 gewohnt. Diese konnte sie von ihrer früheren Arbeitsstelle in der KGO. her. Am Donnerstag, den 11. September, war sie hier fortgegangen. Noch in der frühen Nacht suchten die Beamten der Nordkommission nach Zeugen, die über den Verbleib von Frau Wöbch von dieser Zeit an Auskunft geben könnten.

Zuerst wurde ihr Ehemann, der 33 Jahre alte Robert Wöbch, herbeigeholt. Bei der Vernehmung stellte er seiner Frau kein gutes Zeugnis aus. Er behauptet, sie habe nicht gearbeitet und nur Sina für Haarölenrauchen und den „Kintopp“ gehabt, und gibt zu, daß es manchmal oft zu Streitigkeiten zwischen ihnen gekommen ist und er sie auch oft geschlagen habe. Die Ermittlungen der Nordkommission ergeben weiter, daß die Frau des öfteren auch in der Marienburger Straße, in dem Hause, auf dessen Hof die Photographie aufgenommen wurde, Unterkunft gefunden hat. Auf ihren Fahrten nach Landarbeit hat sie zuweilen auch im Freien genächtigt und hier in Berlin ab und an in der Fröbelstraße. Es ist wohl anzunehmen, daß sie aus Furcht vor ihrem Manne wieder auf Landarbeit gehen wollte. Der Zustand, in dem der Junge am Sonntag aufgefunden wurde, spricht dafür, daß er in den letzten Tagen keine rechte Pflege gehabt hat. Das fast fünfjährige Kind ist außergewöhnlich klein und schwächlich, es ist das typische blass, unterernährte Großstadtkind. Den Aussagen des Mannes, der sich so wenig günstig über seine Frau äußerte, stehen die Befragungen anderer Zeugen gegenüber, die übereinstimmend Frau Wöbch als eine Person schildern, die stets fleißig gearbeitet hat und immer besorgt war, sich und ihr Kind anständig zu ernähren. Wichtig ist es nun für die weiteren Ermittlungen, festzustellen, wo der Bapptarion mit seinen gesamten Sachen geblieben ist. Es soll ein mittelgroßer bläulicher Karton sein und es ist nicht ausgeschlossen, daß Frau Wöbch ihn vielleicht irgendwo untergestellt oder in Verwahrung gegeben hat. Alle diesbezüglichen Mitteilungen, auch über den weiteren Aufenthalt der Frau Wöbch seit dem Freitag, nimmt die Nordkommission, Kriminalkommissare Bennat-Wächter, im Zimmer 105 im Polizeipräsidium entgegen.

Tod durch einen wilden Autofahrer.

In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr ereignete sich in Wilmersdorf durch das wahnsinnige Fahren eines wilden Chauffeurs ein schweres Automobilunglück, bei dem eine Person getötet und mehrere verletzt wurden. Das einem Direktor Carl Surke gehörende Automobil I A 22367 überfuhr an der Ecke Hohenzollernpark und Tuno-Straße in Wilmersdorf ein noch unbekanntes, etwa 20-jähriges Mädchen und schloß es etwa 15 Meter mit. Der Chauffeur kümmerte sich nicht um die Verletzte, sondern fuhr in rasendem Tempo den Hohenzollernpark entlang, und bog dann in die Mannheimer Straße ein. Um sich der Feststellung durch die Flucht zu entziehen, schaltete der Chauffeur die gesamten Lichter aus. In der schnellen Fahrt fuhr der Chauffeur noch zwei weitere Personen an, die mit erheblichen Verletzungen von Straßenpassanten aufgefunden wurden. Bei der Fahrt durch die Mannheimer Straße konnte der Chauffeur an der Ecke der Hindenburg-Straße in der Dunkelheit nicht genau den Weg erkennen und fuhr über den Bürgersteig in das Wasser des Wilmersdorfer Stadtparks. Hierbei erlitt der Chauffeur sowie die im

nach zu einer Revision der Unfallverhütungsvorschriften führen, denn Uebergänge, wie sie am Nonnendamm vorhanden sind, bestehen etwa an 20 Stellen in Groß-Berlin. Ganz abgesehen davon sind aber die Sicherungseinrichtungen, namentlich bei den privaten Kleinbahnen, lange nicht so durchgebildet, wie es zu wünschen wäre und nach dem Kriege hat bedauerlicherweise eine Sorglosigkeit Platz gegriffen, die in letzter Zeit zu zahlreichen Zusammenstößen mit Automobilen und Pferdebeschlagen geführt hat, bei denen fast immer Tote und Schwerverletzte zu beklagen waren. Es sei an dieser Stelle übrigens an das schwere Unglück erinnert, das sich im Herzen Berlins, am Hasenpflanz abspielte, wo bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßen- und einem Eisenbahnzug ebenfalls mehrere Fahrgäste ums Leben kamen.

Kurz nach dem Eisenbahnunglück am Potsdamer Bahnhof in Berlin haben wir an dieser Stelle auf die Gefahren hingewiesen, die den Berliner bedrohen, wenn er die sogenannten großstädtischen Verkehrsmittel benutzt. Es handelt sich erstens um das Ringbahngelände westlich vom Bahnhof Charlottenburg, auf dem ein Unglück unausweichlich scheint, wenn die Eisenbahndirektion nicht endlich durch Untertunnelung oder anderswie für die Sicherheit der Reisenden sorgt. Zweitens haben wir auf die ungläubliche Sparfameitsmaßnahme der Untergrundbahn aufmerksam gemacht, die auf der Strecke Fehrbelliner Platz—Thielplatz die Züge ohne Zugbegleiter verkehren läßt. Zuweilen kann man beobachten, wie der Fahrer während der Fahrt die Tür seines engen, schlecht durchlüfteten Führerstandes öffnet, um seiner Ermattung Herr zu werden. Die zahlreichen Reisenden des Zuges sind einem einzigen Menschen auf Gedeih und Verderb preisgegeben. Drittens wurden von der Straßenbahn Vorkehrungen verlangt, um das Fallen von Personen zwischen Trieb- und Anhängerwagen zu verhindern. Vor kurzem hat der Strafprozeß wegen des Wannseeunfalls gegen den Stellwerksbeamten ein für die verantwortlichen Stellen wenig rühmliches Ende gefunden. Das Gericht hat gegen ihn offenbar Milde walten lassen, weil die höheren Beamten, gegen die man strafrechtlich nicht vorgehen konnte, nicht ganz einwandfrei aus dem Prozeß hervorgingen. Vor kurzem ist am Kurfürstendamm ein Student von einem Anhänger der Elektrischen überfahren und getötet worden, der zwischen Trieb- und Beiwagen gefallen war. Ferner haben 5 Personen bei einem Straßenbahnzusammenstoß schwere Verletzungen erlitten. In diesem Fall bewies sich die Direktion zu versichern, daß die Bremsen defekt funktionierten hätten. Die Direktion meint, wenn der Fahrer langsamer gebremst hätte, wäre der Zusammenstoß nicht geschehen. Sie verweigert aber, daß sie die zuverlässigen Luftdruckbremsen allmählich durch die elektrischen Magnetbremsen hat ersetzen lassen. Hätte der Unglückswagen eine Luftdruckbremse gehabt, so wäre das Unglück wahrscheinlich nicht passiert. Sollte es der Direktion nicht bekannt sein, so teilen wir ihr hiermit folgendes mit: Eine Bremse ist nicht dazu da, daß sie gegen die Räder knallt, sondern daß sie den Wagen zum Halten bringt. Der Bericht der Direktion stellt nur unter Beweis, daß die Bremsklötze gegen die Räder geschlagen sind, und bleibt den Beweis schuldig, ob eine andere Bremse unter gleichen Umständen den Unfall verhindert hätte.

Wir verlangen Klarheit darüber, ob sich die maßgebenden Stellen nicht endlich um die Sicherheit der Menschen kümmern wollen, die sich den Berliner Verkehrsmitteln anvertrauen.

Wagen sitzende Dame schwere innere Verletzungen, außerdem haben diese beiden Personen Schnittwunden davongetragen. Das sofort benachrichtigte Ueberfallkommando verhaftete den Chauffeur und seine Begleiterin. Das überlebende junge Mädchen namens Elli Pfotenbauer aus Nordhausen ist keinen Verletzungen erlitten.

Heute morgen ereignete sich ferner an der Ecke der Dreilinden- und Muffelstraße in Neu-Tempelhof ein Zusammenstoß zweier Automobile, bei dem der eine Wagen über den etwa 9 Meter breiten Bürgersteig hinweg in das Scheunfenster einer Wohnkellerräume geschleudert wurde. Seit der Sperrung der Bellevue-Allianzstraße, in der an der Untergrundbahn gearbeitet wird, wird der gesamte Verkehr von und nach Tempelhof durch die enge Bismarckstraße geleitet, so daß Unfälle wie der oben geschilderte hier nicht unerwartet kommen.

Großfeuer in Tegelfort.

Heute nacht gegen 3 1/2 Uhr brach aus noch nicht geklärt Ursache in der Postswitzer Hochmeister in Tegelfort, Moonstraße 16, Großfeuer aus. Als die Feuerwehr von Tegelfort an der Brandstelle erschien, stand das ganze Gebäude in der gesamten Ausdehnung in heller Flamme. Es wurde sofort die Meldung „Großfeuer“ weitergegeben, worauf die Züge der Werkfeuerwehr von Borsig, Tegelfort, Mittenau und Heiligensee unter Leitung des Baurats Hammer zur Brandstelle eilten. Das Vergehen der Wehren wurde durch starke Qualmentwicklung sehr erschwert; es mußten Rauchschutzhelme verwendet werden. Aus zwei B- und drei C-Rohren wurde fast 2 1/2 Stunden lang Wasser gegeben, und erst nach dieser Zeit gelang es, die Macht des Feuers zu brechen. Die ganze Werksfläche in Rauch und Flamme geworden. Unter der Leitung der Bourlaie Tomm und Leppel fanden die Aufräumungsarbeiten statt, die sich bis in die Vormittagsstunden hinein hingogen. Der Schaden ist beträchtlich.

Kleiderhaus der „Westende“ B. m. S. G. Berlin W 35, Waandburger Straße 7, am Mittwoch, den 24. d. M. im Schiller-Lager am Brunnenweg. Die Ausstellung beginnt um 6 Uhr, um 1/2 Uhr finden Vorträge und Vortrag statt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S. W. 68, Hindenburgstr. 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Heute, Dienstag, den 23. September:

122. Abt. Biesdorf, 8 Uhr: Werbe-Mitgliederbesprechung, Adolf Borath, Wilmersdorfer Str. 31. Thema: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung“. Referent: Gen. Carl Sitte.

Junosozialisten, Gruppe Tempelhof. Die Veranstaltung für heute, Dienstag, fällt aus.

Jugendveranstaltungen.

Verbezugel Wedding, Der Vortragsabend des Kreisverbandes findet heute, Sonntag morgen, Mittwoch, den 24. d. M., statt und zwar in der Wala-Gartenstraße 2, nicht wie bisher am Ring. Thema: „Die Sozialdemokratie in Kampfstellung“. Die Genossen Ostreich berichten über: „Lebensform — Neue Wege — Neue Ziele“. Die mit der Veranstaltung verbundene Ausstellung der „Westende“ kann bereits von 6 Uhr ab besichtigt werden. Besuch den Abend geschlossen. Alle Mitglieder der Kreisabteilungen müssen erscheinen.

Wetter für morgen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Nimmlich kühl, meisteils bewölkt mit leichten Regenschauern und lokalen westlichen Winden. Für Deutschland. Im größeren Teile Deutschlands unbedeutendes Wetter mit Regenschauern. Nur im Süden und Südwesten meist trocken; überall kühl.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Gewerkschaftsschule.

Die Inflationsmonate im vorigen Jahre und die darauf folgende schwere Krise am Anfang dieses Jahres hatten die beiden gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen Berlins, die Betriebsratschule und die Gewerkschaftsschule, in schwere Bedrängnis gebracht. Die Zahl der Schüler der Betriebsratschule verringerte sich in diesen Monaten wesentlich, obwohl die gewerkschaftlichen Spitzenkörperparteien und die Ortsverwaltungen sich alle Mühe gegeben haben, das Interesse an der Schule wachzuhalten. Nicht besser erging es der Gewerkschaftsschule, deren Lehrgänge für die Gewerkschaftsbeamten und den jugendlichen Nachwuchs berechnet waren. Die Arbeitskraft der Gewerkschaftsangehörigen wurde völlig von der Tarifmaschine absorbiert. Die Jugendlichen aber lagen wochen- und monatelang arbeitslos auf dem Pflaster der Großstadt.

Wenn auch längst noch nicht alle Folgen der Inflationsperiode überwunden sind und wenn auch noch heute Not und Elend in weiten Arbeiterkreisen herrscht, so haben sich doch inzwischen die Verhältnisse soweit gelüftet, daß man überall davon geht, die Schäden dieser Zeit wieder auszubessern. Die Gewerkschaftsbewegung wird zwar noch geraume Zeit brauchen, um einigermaßen wieder den Stand vor der Inflationsperiode zu erreichen, doch schon jetzt müssen wieder alle Zweige der gewerkschaftlichen Tätigkeit in Ordnung gebracht und den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Eine der ersten Aufgaben ist dabei

die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Die beiden Spitzenkörperparteien Berlins, die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskartell Berlin des Allgemeinen freien Arbeiterbundes, haben deshalb die beiden bisher getrennt arbeitenden Schulen zu einer einheitlichen Schule verschmolzen und deren Förderung allen angefallenen Angestellten- und Arbeiterverbänden zur Pflicht gemacht.

Die Arbeit der neuen Gewerkschaftsschule wird in Zukunft von folgenden drei Gesichtspunkten bestimmt werden: Sie soll — wie bisher die Betriebsratschule — die Betriebsräte, als die wichtigsten Betriebsfunktionäre der Gewerkschaften, mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten versehen und somit ihrerseits dazu beitragen, dem Betriebsratemittel wieder seine alte Bedeutung zu verleihen. Darüber hinaus soll sie aber auch alle anderen Funktionäre der Gewerkschaften, beamtete und nicht beamtete, erfüllen und auch sie für ihre besonderen Aufgaben innerhalb der Bewegung schulen und vorbereiten. Die Gewerkschaftsschule soll aber mehr sein als lediglich eine Bildungseinrichtung für die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte. Sie soll alle empfortreibenden Mitglieder der Gewerkschaften fördern und ein geistiges Zentrum für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten darstellen.

Der Lehrplan ist diesen Zwecken untergeordnet worden. Dabei wurde jedoch vermieden, ihm etwa — entsprechend den genannten Gesichtspunkten — in drei voneinander unabhängige Speziallehrpläne aufzuteilen. Dadurch würde der Schule ein zu enger, fachschulähnlicher Charakter gegeben, der unter allen Umständen vermieden werden muß. Eine solche Fachbildung würde der Erziehung einer Funktionäre- und Beamtenhierarchie Vorschub leisten, für die in einer Gewerkschaftsbewegung kein Platz ist. Außerdem muß jeder Gewerkschafter die Probleme seiner Bewegung und damit die sozialen Fragen überhaupt möglichst umfassend betreiben. Der Betriebsrat oder der Vertrauensmann von heute kann der Gewerkschaftsführer von morgen sein, die Ausbildung des Gewerkschafters muß deshalb mehr sein als nur „Fachbildung“.

Der Berliner Gewerkschaftsschule liegt also ein einheitlicher Lehrplan zugrunde, der nach Wissensgebieten gegliedert ist. Seine Anordnung läßt leicht erkennen, welche Kurse für Betriebsräte und welche für andere Funktionärskategorien die zweckmäßigsten sind. Engstirnige Fachbildung ist schädlich, ebenso verderblich ist aber ein planloses Umherirren auf mehreren, nicht verwandten Wissens- und Arbeitsgebieten. Diesen Fehlern wird durch eine sorgsame Lehrberatung in den Lehrberatungsprechstunden entgegenzuwirken versucht. Hier können alle diejenigen, die ernsthaft und systematisch in wissenschaftlicher Weise ihr volkswirtschaftliches, rechtswissenschaftliches oder gewerkschaftliches bzw. kulturelles Wissen erweitern wollen, sich über die kürzesten und besten Wege ihres Studienganges informieren.

Der Hauptteil des Lehrplanes der Gewerkschaftsschule wird eingenommen von ökonomischen und rechtlichen Lehrgängen, die wieder in volkswirtschaftliche bzw. in allgemein-rechtswissenschaftliche und arbeitsrechtliche Kurse unterteilt sind. Daneben werden in je einer besonderen Gruppe Spezialfragen des Gewerkschaftswesens und der Sozialpolitik behandelt. Außerdem sind, soweit die genannten Gebiete es erfordern, einige Kurse aus dem Bereiche der Kulturpolitik aufgenommen worden. Die Aufstellung der Hauptgebiete Wirtschaft und Recht ist so vorgenommen worden, daß jedem Hörer die Möglichkeit eines umfassenden und vor allem systematischen Studiums dargeboten wird. In methodischer Hinsicht gliedert sich die Schule in drei Stufen: Eine

Unterstufe, die alle unvorgebildeten Hörer umfaßt, eine

Mittelstufe, in deren Verlauf sich der Schüler bereits für einen der genannten Lehrgebiete entscheiden soll, in die aber auch Hörer

aufgenommen werden können, die nur besondere Spezialfragen bearbeiten wollen und in eine

Oberstufe mit je einem volkswirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und kulturpolitischen Seminar, die jeweils nur eine Auslese vorgebildeter und befähigter Schüler bis zur exakten wissenschaftlichen Durchbildung fördern sollen.

Soweit die lehrplanmäßigen Kurse. Außerdem aber werden für die Funktionäre und Mitglieder einzelner Verbände oder der Gewerkschafts-Unterkommissionen auf Antrag derselben bestimmte Sonderkurse eingerichtet, die im wesentlichen dazu dienen sollen, Unterlagen, Kenntnisse und Fähigkeiten für die kommende Agitations- und Aufklärungsperiode der Gewerkschaften zu verbreiten. Eine ganze Reihe örtlicher Organisationen Berlins, z. B. die der Bekleidungsarbeiter, graphischen Hilfsarbeiter, Fleischer, Zimmerer, der Bankbeamten, der Techniker usw. haben derartige Kurse schon eingerichtet bzw. bei der Schulleitung beantragt, um dadurch die Verbekräft ihres Funktionärkörpers zu erhöhen und auszugestalten.

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet darüber hinausgehend durch die Gewerkschaftsschule für seine Mitglieder, gesondert nach Fachgruppen, noch eine Reihe von Kursen, die die besonderen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bestimmter Industrien und Berufszweige behandeln sollen, die aber auch zugleich in gewissem Sinne als fachliche Fortbildungskurse anzusehen sind.

Es sind also ziemlich umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden, die der Berliner Gewerkschaftsschule einen neuen Impuls geben werden und durch die sie großzügiger und weitgehend als bisher ausgebaut wird. Nach den bisherigen Anfängen ist anzunehmen, daß es nicht nur bei den hier beschriebenen Vorbereitungen und Plänen bleiben wird, sondern daß im kommenden Herbst

ein großer Aufschwung der Bildungsarbeit

zu erwarten ist. Die Angestellten und Arbeiter Berlins werden zeigen, wie weit sie die Idee ihrer Fortbildung und ihres geistigen Aufstiegs begriffen haben. Nur ein geistig bewegliches, seinen hohen ökonomischen und politischen Zielen entsprechend hoch gebildetes Proletariat mit eigenem kulturellen Leben wird imstande sein, den Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben, der ihm aus seiner Rolle im Wirtschaftsprozess zukommt.

Die Arbeitszeit in der Metallindustrie.

Der Manteltarifvertrag in der Metallindustrie Groß-Berlins läuft Anfang Oktober ab. Eine Funktionärskonferenz stimmte gestern abend einem Vorschlag der Organisationsleiter des Metallkartells zu, grundsätzlich am Mantelvertrag festzuhalten. Bei den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller soll aber die Forderung nach einer Verringerung der Arbeitszeitbestimmungen vertreten werden. Seitdem diese Bestimmungen nach der Ausportung im Januar d. J. in den Vertrag aufgenommen worden sind, hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der Betriebe keine Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen hat. Die wirtschaftliche Lage während der ganzen Zeit war so, daß auch in Zukunft für die Beibehaltung der Ueberarbeitszeitbestimmungen nicht die geringste Veranlassung vorliegt.

Bei der Abstimmung über den Vorschlag des Metallkartells ergab sich eine seltene Einmütigkeit unter den anwesenden Funktionären. Die Annahme erfolgte gegen 2 Stimmen, ohne die sonst gemohnten kommunistischen Schimpereien. Die großmütigen Forderungen der „Polen Hähne“ vom Sonntag zum Manteltarifvertrag und zu einem neuen Lohnabkommen wurden scheinbar auch von den kommunistisch einseitigen Funktionären als das gewertet, was sie sind: nämlich als Demonstrationstrübe der Gewerkschaftsführer der AFD-Zentralen, die damit lediglich ihre Existenznotwendigkeit beweisen wollen.

Wieder ein kommunistischer „Sieg“.

Am 19. d. M. fand im Blockwerk von Siemens u. Halske die Arbeiterratswahl statt. Wir veröffentlichen im nachfolgenden das Ergebnis der Wahl und stellen daneben in Klammern das Ergebnis der letzten im März d. J. stattgefundenen Wahl. Es erhielten die freigewerkschaftliche Liste 413 (265), die kommunistische Liste 415 (804), die christliche 88 (80), die hirsch-dundersche Liste 72 (0) Stimmen. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Die freien Gewerkschaften 5 (2), die Kommunisten 5 (9), die Christlichen 1 (0), die Hirsch-Dunderschen 0 (0). Bemerkenswert ist nicht allein der außerordentliche Rückgang der kommunistischen Stimmen und die Zunahme der freigewerkschaftlichen Stimmen. Trotzdem 161 Stimmen weniger als bei der letzten Wahl abgegeben wurden, erhielt die hirsch-dundersche 72 Stimmen, während sie bei der letzten Wahl überhaupt nicht hervortrat, und auch die Christlichen haben eine kleine Stimmenzunahme zu verzeichnen. Die einst so Ueberrobakalen haben sich also wieder zurückgefunden.

Die französischen Gruben werben Arbeiter in Deutschland

Paris, 23. September. (Eca.) Die Agence Havas meldet aus Düsseldorf: Nach einem allgemein verbreiteten Gerücht sollen deutsche Bergarbeiter die von der Ricum beschäftigt worden sind, vor dem Rüdmer-Konzern entlassen werden, sobald die Gruben wieder in deutsche Hände übergehen. Um dem vorzubeugen, hat die Ricum von der Grube Biffon 60 000 Bergarbeiter (?), in der Mehrzahl Polen, nach den französischen Gruben im Pas de Calais und in Lothringen verschickt.

Ann. d. Red.: In dieser Meldung scheint uns nur die Zahl der „verschickten“ Bergarbeiter allerdings reichlich übertrieben. Daß die französischen Zechen große Anstrengungen machen, um die eigene Förderung zu heben, ist bekannt. Daß die französische Ver-

waltung den polnischen Bergarbeitern im Ruhrgebiet die Ueberzeugung beizubringen vermag, die Arbeitsbedingungen in französischen Gruben seien erheblich besser als in den deutschen Gruben und die deutschen Zechen entlassen die Bergarbeiter, ist bei den bekannten Zuständen im Ruhrgebiet nicht weiter verwunderlich. Die Gewaltpolitik, die die Schwerindustrie im Ruhrgebiet betreibt, wird sich in kurzer Frist bitter rächen.

Die Abstimmung in den Gas- und Wasserwerken hat eine erhebliche Mehrheit für den Streik ergeben, die jedoch nicht die nach den Verbandsangaben für einen Streik erforderliche Zahl erreicht. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

Lohnvereinbarung im Böttchergewerbe. Durch einen Sachfehler ist in unserer heutigen Morgenausgabe das Abkommen des Böttcherverbandes mit der Freien Arbeitgeber-Vereinigung im Böttchergewerbe, das die Löhne für Groß-Berlin, Potsdam und Werder regelt, unter der Ueberschrift „Lohnvereinbarung im Böttchergewerbe“ veröffentlicht worden. Im Mißverständnis zu vermeiden, bittet uns der Verband der Böttcher, mitzuteilen, daß die Vereinbarung in Wirklichkeit den Kostand, der durch die Hartmachersche Haltung der alten Arbeitgeberorganisation entstanden war, beilegt hat.

Wirtschaft

Die Kräfteverteilung in der Rastindustrie.

Die starken Umgruppierungen, die in der deutschen Rastindustrie nach dem Kriege eingetreten sind, finden ihren Ausdruck in den Beteiligungsziffern am Abschluß des Rastindexditals. Diese betragen nach einer neueren, dem letzten Jahrgang des Handbuchs der Rastindustrie, Salinen und Tiefbohrunternehmungen (Finanzverlag G. m. b. H., Berlin) einnimmenen Darstellung:

Betrieblicher Kreis	Beteiligungsziffer in Tausendteilen
Anhaltischer Kreis	59,0124
Interessengemeinschaft Winterdahl. Deutsche Rastwerke.	21,5124
Gesamt	
1. Winterdahl-Gruppe	141,6710
2. Gruppe: Bank für Landwirtschaft	4,8820
3. Deutsche Rastwerke	131,8881
4. Gläuf-Gruppe	54,5415
Ronnenberg-Gruppe	47,5509
Gumpel-Gruppe	68,6925
Salzdetfurth-Gruppe	208,5104
Mansfeldische Rastwerke A. G.	24,2882
Adler-Rastwerk-Gruppe	14,2006
Turbo-Gruppe	88,8794
Neu-Stahlurt-Gruppe	49,6058
Deutsche Solvan-Werke	18,3109
Einigkeit-Gruppe	80,8212
Wilmberg-Sauer-Gruppe	21,1427
Möding-Gruppe	6,8895
Rotenfelde	1,2095
Sonderabteilungen, einschl. Vereinigte Chemische Fabriken zu Leopoldsdahl	14,7079
Zusammen	1000,0000

Was den Abschluß des Rastindexditals angeht, so hat er sich in den letzten Monaten sowohl nach dem In- wie nach dem Ausland hin gehoben. Für den Inlandmarkt wirkte nützlich die Kreditaktion der Reichsbank, die den Landwirten den Düngemittelbezug wesentlich erleichterte sowie die gewaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft; die Roggenpreise sind besonders innerhalb weniger Monate von circa 130 auf über 200 M. je Tonne gestiegen, also um mehr als die Hälfte ihres niedrigen Standes — was von den Befürwortern der Schutzölle natürlich verschwiegen wird.

Der Abschluß nach dem Ausland wurde befeuert durch den Abschluß eines Vertrages mit den elfässischen Werken, der den Verkauf von Kali nach den Vereinigten Staaten von Amerika unter Ausschluß gegenseitiger Konkurrenz regelt. Die deutschen Werke erhalten für den Abschluß dorthin eine Quote von 62,5, die elfässischen von 37,5 Proz. Schließlich kam hinzu, daß zwischen dem deutschen Rastindexdital und einer amerikanischen Bankengruppe ein Kreditabkommen über 6 Millionen Dollar abgeschlossen wurde, das den Abschluß nach Amerika erleichtert. Alle diese Umstände wirkten zusammen, um den Rastabschluß nach der schweren Krise, die am Jahresanfang eingetreten war, wieder zu heben.

„25 000 Dollar Lausene“. Unter dieser Ueberschrift brachten wir eine Mitteilung, nach der die Westdeutschen Rastwerke A. G. in Köln bei einem Aktienkapital von 1 375 000 Goldmark ihrem Aufsichtsrat eine Vergütung von 25 000 Dollar zugewendet haben. Diese Angaben sind, wie uns die Firma mitteilt, unrichtig. Die Aufsichtsratsvergütung beträgt nur 25 000 Goldmark, das zum sammengesetzte Aktienkapital 3 015 000 Goldmark. An den Schlussfolgerungen, die aus unserer Notiz gezogen wurden, ändert dieser Tatbestand wenig. Da der Reingewinn der Gesellschaft nur 4671 Goldmark betrug, ist eine Aufsichtsratsvergütung von 25 000 Goldmark in einem Geschäftsjahr, in dem die Werke mehr als die Hälfte der Zeit still lagen, immerhin schon eine halbkaisliche Leistung. Man sieht, es werden nicht nur Steuern „aus der Substanz“ gezahlt.

Verantwortlich für Politik: Graf Kemmer; Wirtschaft: Armin Salernast; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schönlank; Calais und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Dr. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Carl-Neubach-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Carl-Neubach-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 3.

WALHALLA
am Rosenthaler Tor

Großer Erfolg
12
internationale Kunstkräfte

Anfang 8 Uhr
Preis 60 Pl., 1, 1,50, 2 M. usw.
Freier ab 11 Uhr eintritt

Besonders wertvoll sind die kleinen Arbeiten
in der Gesamt-Ausgabe
zu „Licht“ und werden ebenfalls billig!

Strickwaren
a. Jacken & 25 12,50 17 50, reine Wolle
Ueber 500 Stk. v. d. kleinsten Kindergr.
bis zur größten Welle ständig a. Lager

Bleyles sämtl. Fabrikate
zu Originalpreisen.

Bruno Richter & Co., Fabr.-Ndg.
Thüring. Wollwaren — Bin.-Pankow
Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

Linoleum-Rausch
Warschauer Straße 6

10 billige Cocos-Tage!
Läufer u. Matten best. herabgesetzt.

Linoleum-Läufer
67 cm breit à Mtr. 2.25
90 cm breit à Mtr. 3.50
100 cm breit à Mtr. 3.75

Hosen Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und
billigsten in d. Münchener-Gladbacher
Hosen-Zentrale.

Herren- und Knaben-Anzüge,
Hosenträger, Stutzen sehr preisw.

München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 23 (nahe G.-sunder).
Blauer Laden — Fahrveldeplatz

MAX WINTER:
Das Kind und der Sozialismus



Gebunden M. 1.80, broschiert M. 1.75

Eine sozialpädagogische Betrachtung

Zu haben:

Buchh. J. H. W. Dietz Nchf. u. Vorwärts-Ausgabestellen

Bären-Stiefel
mit Crep-Gummi-Sohlen

halten
6x so lange

als heute Kautschuksohlen.
Bei täglicher Inanspruchnahme
gebe ich auf diese Sohlen

1 Jahr Garantie

Hans Bähr Spittelmarkt 7 (vor d. Brücke)
Kommandantenstrasse 57

Fahrräder und Nähmaschinen
Auf Teilzahlung

Zettha, Berlin

Leibnizstr. 107 Oranienburger Strasse 63

Wanzen
Zinksol-Gas

1. Brut sowie Ungeratet
1. Art. 1. jeh. Zue selbst in
wenigen Stunden ohne
mühsam bereit, selbst zu
müssen an. Ungeratet
Wanzen u. m. absterben u. mar. Ungeratet.
Zinksol-Gas in Originalart. ist das Produkt internationaler
praktische Erfahrungen. Beständig in Proben. General-
vertr.: G. Wanders, Berlin O., Silesienstr. 3.